

Matthias Jena  
Vorsitzender des DGB Bayern



## **Gerechtigkeit – Arbeit – Solidarität**

Rede bei der Bezirkskonferenz des DGB Bayern  
26. Januar 2018 in Regensburg

Es gilt das gesprochene Wort!

**Sperrfrist: Beginn der Rede um 11.30 Uhr**

*Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste*

der Freistaat Bayern steht noch. Übrigens schon 100 Jahre. Und die bayerische Wirtschaft? Steht auch noch! Trotz der Einführung des Mindestlohns vor drei Jahren. Da haben sich ja einige Wirtschaftslobbyisten mit Weltuntergangsszenarien und düstersten Prognosen wechselseitig übertroffen. Keine ist eingetreten.

Der Mindestlohn, eingeführt auf Druck der Gewerkschaften, ist einer unserer großen Erfolge der letzten Jahre. Dafür haben wir gemeinsam hart gekämpft. Für diesen Einsatz hat uns die SPD-Landtagsfraktion 2015 mit dem Wilhelm-Hoegner-Preis ausgezeichnet.

Etwa 500.000 Beschäftigte in Bayern profitieren vom Mindestlohn. Alle Versuche, ihn zu schleifen, sind gescheitert. Obwohl prominente Schleifer wie unser Ministerpräsident vereint mit der bayerischen Wirtschaft am Werke waren.

Der Mindestlohn ist eine Erfolgsgeschichte, vielleicht sogar ein Meilenstein. Aber wir wissen doch alle, das reicht noch lange nicht.

Ja, auf den ersten Blick sieht der bayerische Arbeitsmarkt toll aus. Zumindest suggeriert das die 2 vor dem Komma in der offiziellen Arbeitslosenstatistik. Vollbeschäftigung! Paradiesisch!

Kratzt man aber etwas an der Oberfläche des bayerischen „Paradieses“ wird schnell klar: Nicht alle profitieren gleichermaßen.

Die Entwicklung in Bayern ist höchst heterogen. Regional gesehen, aber auch im Hinblick auf die Chancen bestimmter Personengruppen am Arbeitsmarkt. Und hinsichtlich der Qualität von Arbeit.

Es macht einen wesentlichen Unterschied, wo in Bayern jemand nach einer Stelle sucht. Ob 25 Jahre alt oder Mitte 50. Und natürlich, ob Kinder oder Angehörige betreut werden müssen. Und das tun zum großen Teil noch immer die bayerischen Frauen.

100 Jahre nach der Einführung des Frauenwahlrechts versuchen manche immer noch die bayerische Frau nach Möglichkeit vom Arbeitsmarkt fern zu halten. Betreuungsgeld statt Ausbau von Kindergärten und Ganztagschulen - das ist der falsche Weg! Die DGB-Frauen haben der Staatregierung deshalb 2016 den Un-Gleichstellungspreis, die schwarze Petra,

verliehen. Klasse Aktion! So kann das nämlich nicht weiter gehen. Wir brauchen doch auch die Frauen am Arbeitsmarkt! - *dazu sagt Verena später noch mehr.*

Und noch eine Nachricht an die, die das bayerische Paradies feiern, anstatt endlich die Ärmel hochzukrempeln: Ein wesentlicher Teil des Job-Booms in Bayern ist auf den Zuwachs von atypischer Beschäftigung zurückzuführen: sachgrundlose Befristung, Leiharbeit, Minijobs, erzwungene Teilzeit oder Werkverträge. Fast 40% der Arbeitsplätze in Bayern sind inzwischen von dieser Sorte.

Das ist keine **gute Arbeit** wie wir sie uns vorstellen. Das Gesetz zu Werkverträgen und Leiharbeit hat **kleine** Verbesserungen gebracht, ja, aber das war's auch schon. *Und wenn wir da keinen Druck gemacht hätten, wäre gar nichts passiert.*

Mit dem technologischen Fortschritt ändert sich unsere Lebens- und Arbeitswelt rasant. Der Takt wird schneller. Neue prekäre Arbeitsformen entstehen.

Unsere Arbeit erbringen wir zunehmend unabhängig von Ort und Zeit. Die Folgen für die Mitbestimmung? Für unser Privatleben? Unser Engagement? Unsere Gesundheit?

Sie sind erheblich! Mit unserem Report „Arbeiten ohne Ende“ haben wir genau das aufgezeigt.

Flexibilität ist das Stichwort.

Leider meistens nur in eine Richtung.

Die Beschäftigten sollen bitteschön flexibel sein. Bestes Beispiel: die Debatte um das Arbeitszeitgesetz.

Das sei nicht flexibel genug, versucht uns die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft in einer groß angelegten Kampagne weiszumachen. Die VBW meint, mit dem aktuellen Arbeitszeitgesetz könnten keine Hochzeiten mehr stattfinden, keine neuen Kitas mehr gebaut und keine Blumen mehr gebunden werden.

Ernsthaft? Also ich war in den letzten Jahren auf einigen Hochzeiten. Und es gibt zwar nicht genug Kitas, aber das hat andere Gründe. Und Blumen sind auch da heute. Sieht man doch!

Was die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft da plakatiert, ist so was von peinlich. Und so durchsichtig! Die wollen die bestehenden Schutzregeln schleifen, und zwar auf Kosten der Beschäftigten! Mit fadenscheinigen Argumenten. Diese Art der Angstmacherei kennen wir doch schon vom Mindestlohn!

Aber aufgepasst, VBW! Ihr habt die Beschäftigten geschlossen gegen Euch. Die Menschen wollen auch in Zukunft ein starkes Arbeitszeitgesetz. Mit Ruhezeiten. Mit einem Recht auf Abschalten.

Aber mal umgekehrt gefragt! Was tun eigentlich die Arbeitgeber für **unsere** Flexibilität? Die bewegen sich ja keinen Zentimeter, wenn es darum geht, dass Hänschen Müller für die Betreuung seiner Tochter kürzer treten möchte. Zum Beispiel mit einer kurzen Vollzeit.

Flexibilität ist keine Einbahnstraße. **Die Arbeitszeit muss zum Leben passen und nicht umgekehrt. Unsere Solidarität gilt den Kolleginnen und Kollegen der IG Metall, die genau dafür gerade streiken.**

===

Hinter uns liegen Wahlen, vor uns liegen Wahlen. Irgendwie kommen wir aus dem Wahlkampf gar nicht mehr heraus. Trotzdem. Jede Wahl ist wichtig! Heute die Bezirkskonferenz, demnächst die Betriebsratswahlen. Allen Kandidatinnen und Kandidaten der DGB-Gewerkschaften wünsche ich jetzt schon: viel Erfolg! Danke, dass Ihr Euch für die Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben einsetzt. Sie brauchen Eure Hilfe mehr denn je!

Es folgen der DGB Bundeskongress, die Kongresse von NGG, EVG und GdP. Und schließlich: die Landtagswahlen hier in Bayern, *vielleicht kommen ja auch noch mal Bundestagswahlen dazwischen.*

Gefühlt war das bestimmende Thema der Bundestagswahlen ja die innere Sicherheit – immer genannt im Zusammenhang mit der Integration Geflüchteter.

Ja, es geht um Sicherheit und Integration in diesem Land, aber anders als das mancher Politiker vielleicht meint.

Es geht um die Sicherheit und damit das Vertrauen, dass jeder und jede zählt! Egal welcher Nationalität. Egal ob in Cham, Regensburg oder sonst wo wohnend. Egal ob arbeitslos, Lehrer, Facharbeiter oder Verkäufer.

Ihr kennt ja den Spruch „Jeder ist seines Glückes Schmied“. Der Satz suggeriert, mit etwas Glück und Kraft könne es jeder schaffen. Das ist das Motto dieser neoliberalen Zeit.

Aber mit der Zunahme von Minijobs, Leiharbeit, dem Arbeiten auf Abruf verlieren die Menschen ihre Sicherheit und ihr Vertrauen in die Solidarität unserer Gesellschaft.

Viele Menschen haben Zukunftsängste. Sie glauben nicht mehr daran, dass sie es mit etwas Glück schaffen können oder dass sich jemand für sie einsetzt. Sie glauben, dass es egal ist, was sie schmieden.

Es ist **auch** diese Perspektivlosigkeit, diese Abstiegsangst, *ob begründet oder nicht*, die manchen Menschen in die Arme der AfD treibt.

Jetzt sitzen die Ultra-Rechten im Bundestag - als drittstärkste Kraft.

Und die Prognosen für die anstehende Landtagswahl lassen uns erschauern.

Vor ein paar Wochen hat die AfD gemeinsam mit Pegida, dem „Dritten Weg“ und der NPD vor dem Münchner Gewerkschaftshaus demonstriert. Die sog. „*Alternative*“ hat sich damit endgültig entlarvt, das ist eben keine neue konservative Partei, sondern die machen gemeinsame Sache mit den Rechtsradikalen und Faschisten!

Leider wird dieses Problem nicht einfach wieder verschwinden. Das zeigt die Entwicklung in anderen europäischen Ländern.

Auch ein Teil unserer Mitglieder hat die AfD gewählt.

Dabei hat sich die AfD immer wieder klar und eindeutig gegen die Interessen von Beschäftigten positioniert. Die wollen geringere Steuern für die Super-Reichen, im Gegenzug für die Beschäftigten weniger Rente und längere Arbeitszeiten. Gewerkschaften kommen im Grundsatzprogramm der AfD kein einziges Mal vor. Tarifverträge? Keine Erwähnung! Leiharbeit, Werkverträge, Mini-Jobs, Befristungen? Kein einziges Wort dazu!

Und diese Partei will eine Alternative für Deutschland sein? **Nein, mit Sicherheit nicht! Das ist keine Alternative, das ist eine Schande für Deutschland!**

Die Forschung hat gezeigt: eine Ursache für das Wahlverhalten ist die tiefe Verunsicherung vieler Menschen.

Beschäftigte die unter dem Schutz von Tarifverträgen und in Betrieben mit Betriebsräten arbeiten, sind weniger anfällig dafür AfD zu wählen.

Darüber sollten die Parteien mal nachdenken – Tarifbindung stärken und die Behinderung von Betriebsratsarbeit endlich wirksam bestrafen. Das wäre die richtige Antwort.

Es geht um die soziale Sicherheit in unserem Land, um das soziale Miteinander.

Wir müssen weiter gegen die soziale Spaltung der Gesellschaft ankämpfen. Die Lebenswelt der Menschen gerecht gestalten.

Ich möchte an dieser Stelle ein Bild bemühen. Es ist nun schon ein paar Tage alt. Aber erschreckend aktuell.

Das Bild des Schutzschirms! Der wird ja immer eher im Kontext von Banken genannt.

Aber wir brauchen einen Schutzschirm für die Menschen. Und zwar einen großen stabilen. Einen Schirm, unter dem alle Platz haben. Ein Schirm, der vor schlechtem Wetter schützt: vor Niesel, Dauerregen und Gewitter.

Und damit bin ich wieder beim Thema Sicherheit. Nichts anderes soll der Schutzschirm für die Menschen bringen: Soziale Sicherheit und gute Arbeits- und Ausbildungsbedingungen.

Die Menschen brauchen wieder die Perspektive, das Vertrauen, dass unser Land ihnen gute Rahmenbedingungen gibt und sie schützt, wenn sie scheitern. Und zwar alle von ihnen! Mit einem großen stabilen Schirm, den wir alle gemeinsam halten. Denn das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist Solidarität.

Angesichts einer sich immer schneller wandelnden Arbeitswelt muss noch viel getan werden, um den Schirm wieder stabiler zu machen.

Wir müssen die Tarifbindung und die betriebliche Mitbestimmung stärken und gegen alle ihre Feinde verteidigen. Und wir müssen mit guter Arbeit und guter Bildung für gute Rahmenbedingungen und gute Lebensperspektiven für die Menschen in Bayern sorgen.

Mitbestimmung, sei es im Betrieb oder in Tarifverhandlungen, schützt vor Verelendung, Armut und Perspektivlosigkeit.

Mitbestimmen heißt mitgestalten. Heißt aktiv die Arbeitsbedingungen zu beeinflussen und nicht ohnmächtig zuzuschauen.

Die Tarifbindung ist eine zentrale Größe in unserer sozialen Marktwirtschaft. Je höher die Tarifbindung, desto sozialer die Marktwirtschaft. So einfach ist das. Tarifgebundene Unternehmen zahlen besser, die Beschäftigten haben mehr Urlaub und bessere Möglichkeiten zur Weiterbildung.

Betriebs- und Personalräte sind Garanten für gute Arbeitsbedingungen. In mitbestimmten Unternehmen und Verwaltungen haben die Beschäftigten weniger Angst um ihren Arbeitsplatz, sie leisten weniger unbezahlte Überstunden. Und die Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern sind geringer.

Meine herzlichsten Glückwünsche den Kolleginnen und Kollegen vom Klinikum Coburg und der Synlab Holding in Augsburg zum deutschen Betriebsrätepreis! Danke für Euer Engagement. Danke an alle Engagierten hier im Saal! Ihr zeigt wie gut Mitbestimmung funktionieren kann.

Übrigens profitieren ja nicht nur die Beschäftigten von betrieblicher Mitbestimmung und Tarifbindung. Tarifgebundene Unternehmen mit betrieblicher Interessenvertretung sind flexibler, produktiver und attraktiver. Euch brauche ich das nicht zu erklären. Vielen Arbeitgebern leider schon.

In Bayern arbeiten **nur noch 53%** der Beschäftigten in einem Betrieb **mit Tarifvertrag**.

Für die anderen 47% gibt es keinen. Allein in Bayern: Rund 2,5 Millionen Beschäftigte in einem permanenten Zustand von Angst und Verunsicherung.

Immer mehr Unternehmen flüchten aus der Tarifbindung. Tendenz steigend. Seit Jahren.

**Das ist asozial. Das ist ein gesellschaftlicher Skandal sondergleichen.**

z.B. Knorr-Bremse ca. 3.000 Mitarbeitern/innen in Bayern. Eigentümer ist der Multimilliardär Heinz-Hermann Thiele. Einer der zehn reichsten Menschen in Deutschland. Der Konzern ist aus der Tarifbindung ausgestiegen.

Bei Knorr-Bremse arbeiten die Beschäftigten jetzt 42 Stunden die Woche. Das sind sieben Stunden mehr als im IG Metall-Tarif. Jedem einzelnen Beschäftigten klaut das Unternehmen sieben Stunden Lebenszeit jede Woche. Ohne zu bezahlen. Die Wertschöpfung steckt sich der Herr Thiele in die eigene Tasche.

Oder die Firma Rehau, mit Sitz in Oberfranken, chemische Industrie, knapp 8.000 Beschäftigte in Bayern. Die Firma zahlt nicht nach Tarif, hat auch noch allen Beschäftigten im Schichtbetrieb das Monatsgehalt dauerhaft um 80,- € gekürzt.

Gewerkschaften oder gar Betriebsräte sind dort nicht gern gesehen. Da ist auch schon mal ein Kollege gekündigt worden, weil er sich geweigert hat, eine Resolution des Arbeitgebers mit dem Titel *"Die Gewerkschaft soll uns endlich in Ruhe lassen"* zu unterzeichnen.

Oder Amazon – allein in Bayern ca. 4.500 Beschäftigte. Der Gründer Jeff Bezos kassiert über 4 Millionen Dollar – **pro Stunde! Jeden Tag über 100 Millionen** – er gilt unterdessen als der reichste Mensch der Welt, alles zusammen gerafft auf Kosten der Beschäftigten.

Knorr-Bremse, Rehau, Amazon sind nur drei Beispiele - ich könnte leider noch viele Betriebe in Bayern aufzählen.

Immer mehr Arbeitgeber **behindern** gewerkschaftliche Aktivitäten im Betrieb oder **verhindern** Betriebsratswahlen.

Mürbe machen ist deren Strategie. Eine Strategie, die viele unserer engagierten Kolleginnen und Kollegen krank macht. Es macht mich wütend, mit welcher Gleichgültigkeit die Politik das billigend in Kauf nimmt.

Anwaltskanzleien werben damit, Unternehmen zu „betriebsratsfreien Zonen“ zu machen. Anwaltskanzleien, deren einziges Geschäftsmodell es ist, geltende Gesetze auszuhebeln – **Pfui Teufel!**

Das dürfen und werden wir nicht hinnehmen. Wer die Arbeit eines Betriebsrats oder seine Wahl behindert, verstößt gegen das Grundgesetz. Der ist ein Krimineller, der gehört angezeigt, verurteilt und dann hinter Schloss und Riegel.

Deshalb brauchen wir Schwerpunktstaatsanwaltschaften. Staatsanwaltschaften, die nicht nur auf Antrag der Interessenvertretung oder der zuständigen Gewerkschaft tätig werden, sondern von Amts wegen. Die Justiz muss endlich anfangen, die Betriebsratsbehinderer auch zu verfolgen.

Wir brauchen starke Betriebs- und Personalräte und eine starke Tarifbindung. **Mehr Mitbestimmung und nicht weniger.**

Die Kanzlerin hat beim Kongress der IG BCE zugesagt, sie würde alles tun um die Tarifbindung wieder zu steigern. Klingt gut - aber Frau Merkel: dann liefern Sie jetzt auch.

Wir bereiten gerade gemeinsam mit dem WSI der Hans-Böckler-Stiftung einen Report zur Tarifbindung in Bayern vor. Den werden wir nutzen, um unsere Forderungen auch im Landtagswahlkampf an Frau und Mann zu bringen.

Die Erklärung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen muss erleichtert werden.

Und: Kein Arbeitgeber darf sich mehr durch Ausgründungen oder Austritt aus dem Arbeitgeberverband einfach so der Tarifbindung entziehen.

Betriebliche Mitbestimmung und Tarifbindung nützen ja nicht nur Beschäftigten und ihren Unternehmen. Sie nützen der Gesellschaft an sich. Sie stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Gewerkschafter, Personalräte und Betriebsräte geben den Menschen eine Stimme. Und diese Stimme verhallt nicht, sie wird kräftiger. Lauter! Denn gemeinsam übernehmen wir

Verantwortung. Solidarisch kämpfen wir Seite an Seite für gute Arbeits- und Lebensbedingungen in Bayern. Immer.

Denn Gewerkschafter zu sein ist eine Herzensangelegenheit, eine Einstellung, die nicht nach einem langen Arbeitstag endet.

Aber nicht nur wir sind in der Pflicht, sondern auch die Politik und hier vor allen anderen die bayerische Staatsregierung. Sie muss die Rahmenbedingungen schaffen für gute Arbeit und für ein gutes Leben in Bayern.

Wenn die Miete für die Wohnung bezahlt ist, bleibt bei vielen Beschäftigten vom Gehalt nur noch wenig übrig. Weil die Mieten in München, Ingolstadt, hier in Regensburg und manchen anderen Gegenden Bayerns regelrecht explodieren.

Das Recht auf eine angemessene Wohnung steht in der bayerischen Verfassung. Aber in Bayern fehlen 50.000 Sozialwohnungen. Die Staatsregierung will jedes Jahr den Bau von 1.500 Wohnungen fördern – bei dem Tempo dauert das noch 33 Jahre!

Die Herstellung gleichwertiger Chancen und Lebensbedingungen in ganz Bayern gehört mitnichten in die sozialistische Mottenkiste, sondern auch das steht seit 2013 als Auftrag an die Staatsregierung in der bayerischen Verfassung.

Wohnen, Miete, gleichwertige Lebensbedingungen – auch das wichtige Themen für den bevorstehenden Landtagswahlkampf.

Und um den Wildwuchs am Arbeitsmarkt zu stoppen, braucht es flankierende staatliche Maßnahmen.

Der Freistaat muss endlich zeigen, dass er die Gesetze, die er auf Bundesebene mitbeschlossen hat, auch ernst nimmt. Statt z.B. unter dem Vorwand von Bürokratieabbau zu versuchen, den Mindestlohn auszuhöhlen.

Bayern vergibt öffentliche Aufträge immer noch an die mit dem niedrigsten Preis.

Die *Arbeitsbedingungen* sind der Staatsregierung dabei offenbar egal!

Deshalb die Botschaft an alle, die jetzt im Wahlkampf sind: Schafft endlich ein Tariftreue- und Vergabegesetz! Kontrolliert die Umsetzung des Mindestlohns! Und setzt Euch für ein gutes Arbeitszeitgesetz ein!

Und für eine gute und gerechte Bildung! Die ist genauso wichtig wie gute Arbeit. Und da liegt noch vieles im Argen.

Es klemmt bei der Inklusion. Beim Ausbau der Ganztagschulen. Bei der Qualität der Ausbildungsplätze. Und: vor allem bei der Weiterbildung!

Gerade Weiterbildung wird doch angesichts des rasanten Wandels der Arbeitswelt immer wichtiger.

Lebensbegleitendes Lernen ist Grundvoraussetzung einer vernünftigen Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Das muss die Staatregierung endlich begreifen.

Sie darf das wichtige Thema der Weiterbildung nicht allein dem „Markt“ und den Betrieben überlassen. Teilnahme an Bildung reguliert sich nicht von selbst. Dafür ist das bayerische Bildungssystem doch viel zu selektiv. Dafür sind die „Gräben“ zwischen unten und oben viel zu groß.

Wer nimmt denn in Bayern an Weiterbildung teil? Vereinfacht gesagt: je größer der Betrieb und je weiter oben in der Hierarchie, desto größer die Chance auf Weiterbildung. In kleineren Betrieben, bei den Beschäftigten in einfacheren Tätigkeiten, bei den Älteren, bei denen ohne Berufsabschluss da schaut's ganz schlecht aus.

Aber auch die brauchen Weiterbildung! Angesichts des digitalen Wandels noch viel mehr.

Niemand darf beim Wandel der Arbeitswelt auf der Strecke bleiben. Niemand! Der Schlüssel heißt: Bildung, Bildung, und noch mal Bildung!

Weiterbildung muss branchenübergreifend sein. Weiterbildung muss betriebsübergreifend sein. Und sie muss **alle** Beschäftigtengruppen ansprechen.

Die Betriebs- und Personalräte brauchen ein Initiativrecht für Weiterbildung.

Lebenslanges Lernen braucht die richtigen Rahmenbedingungen.

Dazu gehört eine Verstetigung der Weiterbildungsprämie nach dem Weiterbildungsstärkungsgesetz. Dazu gehören Bildungsgutscheine. Und dazu gehört eine bezahlte Bildungsfreistellung!

Das ist die Botschaft an die künftigen Koalitionäre in Berlin und ein Auftrag an die bayerische Staatsregierung! Kümmert euch endlich darum, **Macht das endlich!**

Ja! Ein Bildungsfreistellungsgesetz! Seit Jahren reden wir uns da den Mund fusselig! Aber wir lassen nicht nach! Das wird ein zentrales Thema für uns im Landtagswahlkampf. Wir werden das auch morgen bei der Antragsberatung diskutieren.

===

Unsere Konferenz steht unter dem Titel „Gerechtigkeit – Arbeit - Solidarität. Diese drei Worte verdeutlichen gut worum es geht.

Wir wollen eine Gesellschaft, die ihre Zukunft miteinander gestaltet. In der die Menschen nicht ausgegrenzt sondern integriert werden. In der die Arbeit ihre Würde und ihren Wert hat.

Auch deshalb werden wir als DGB Bayern nicht nachlassen. Wir werden weiter den Finger in die Wunde legen. Wir zeigen die Probleme in Bayern auf – ob es der Staatsregierung und den Arbeitgebern gefällt oder nicht! Wir machen Vorschläge, wie es besser werden kann - und wir werden alles dafür tun, dass unsere Vorschläge umgesetzt werden!

Wir kämpfen für gute Arbeit und für ein gutes Leben in Bayern. Alle acht Gewerkschaften gemeinsam! Seite an Seite! Jetzt und in Zukunft!